

Warum muss die Initiative «Für demokratische Mitsprache»... angenommen werden? Warum muss der LP 21 abgelehnt werden?

Die unzähligen Schulreformen wurden undemokratisch von der Verwaltung injiziert und vom Regierungsrat durchgesetzt. Die «Reformitis» verursacht neben viel Unruhe überforderte Schulkinder und jährlich über hundert Burnouts bei Lehrpersonen, vor allem auch hohe Kosten von jährlich ca. 200 Mio. CHF. Bei Vorstössen im Grosse Rat, welche Fehlentwicklungen in der Bildungspolitik verhindern oder korrigieren wollen, erhalten wir jeweils die stereotype Antwort: **«Bei der vorliegenden Motion handelt es sich um eine Motion im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates (Richtlinienmotion). Bei Richtlinienmotionen bleibt die Entscheidungsverantwortung beim Regierungsrat».** Bei diesem bernischen, diktatorischen Regierungssystem kann weder der Grosse Rat, noch die Bevölkerung via Referendum bei wichtigen Weichenstellungen in Bildungsfragen mitbestimmen. Darum ist es an der Zeit, dass schwerwiegende Reformschritte in der breiten Öffentlichkeit und der Politik diskutiert und zum Wohle unserer Kinder entschieden werden. Deshalb: **Ja zur Initiative «Demokratische Mitsprache...».**

Weitere Begründungen

Viele Eltern, Lehrpersonen und Berufsbildner/-innen stellen schon seit längerem fest, dass die Schulabgänger/-innen in den Fächern Deutsche Sprache und Mathematik ungenügende Leistungen erbringen. Das Argument, dies sei eine Folge der Migration (ca. 25% der Bevölkerung sind Ausländer) greift eindeutig zu kurz. Immer klarer zeichnet es sich ab, dass die schleichenden Reformen im Unterricht der Regelklassen, in der Lehrer/-innenbildung und den Lehrmitteln zu suchen sind. Mit dem Einsatz der Schulleitenden, dem verlängerten Arm der Erziehungsdirektion, und dem schleichenden Entzug der Kompetenzen der Schulkommissionen, wurde jede Diskussion oder Kritik an den Schulreformen im Keim erstickt. Dies hat zu einer grossen Unzufriedenheit und Resignation in der betroffenen Bevölkerung geführt, so dass den über 600 von mir gesammelten Unterschriften zur Initiative «Demokratische Mitsprache... » jeweils eine Zeit intensiver «Chropfleerete» vorangegangen ist. Ein Thema, das vor allem Eltern zu Recht bewegt, sind die neuen Französischlehrmittel. Eine neue Studie, die vom renommierten Sprachforscher Raphael Berthele begleitet wurde, zeigt, dass Schüler/-innen, welche nach den Lehrmitteln «Mille feuilles» und «Clin cl'oeil» unterrichtet wurden signifikant schlechtere Sprachleistungen erbrachten als diejenigen, welche die französische Sprache mit dem Lehrmittel «Bonne Chance» gelernt hatten. Dies trotz den grossen, jährlichen Zusatzkosten von ca. 14 Mio. für die neuen Lehrmittel und einer Zusatzausbildung der Lehrpersonen von ca. 4 Mio. Die neuen Französischlehrmittel sind die ersten, welche die Forderungen an ein Lehrmittel nach LP 21 umsetzen. Das Resultat der neuen Studie war absehbar, nämlich dass eine Fremdsprache nicht in 2 bis 3 Wochenlektionen über die Ohren und Augen («Sprachbad») gelernt werden kann (wie in einer zweisprachigen Familie oder im Welschland). Längst ist wissenschaftlich erwiesen, dass das Kind

1. ca. 40 % seiner Wachzeit mit dieser Fremdsprache konfrontiert werden muss;
2. in einem neuen Text ca. 90% der Wörter kennen muss, damit es den Sinn des Textes erfassen kann;
3. im Lehrmittel Wörtern begegnen muss, die es sofort im Leben anwenden kann.

Alle diese wichtigen Voraussetzungen sind in den neuen Lehrmitteln nicht gegeben, also sind sie untauglich.

Statt die Lehrpläne der Kantone im Sinne einer Harmonisierung zusammenzufassen, wurde von der Erziehungsdirektorenkonferenz ohne Legitimation ein völlig neuer Lehrplan mit neuen Inhalten und Lehrmitteln geschaffen. Dies mit jährlich wiederkehrenden Kostenschätzungen von bis zu 30 Millionen CHF. Im Fremdsprachenunterricht wurde der Unterrichtsbeginn neu festgelegt und anstatt einer Harmonisierung ein Fremdsprachen-Chaos angerichtet.

Auch fehlen im Lehrplan 21 Jahresziele, also wird der Mobilität in keiner Weise Rechnung getragen. Dies ein inakzeptabler Rückschritt! Ein strukturierter, übersichtlicher Lehrplan ist aber die Grundlage für einen guten Schulunterricht. Auch muss er in der Bevölkerung breit abgestützt sein. Aus diesem Grund sollen der Grosse Rat und in letzter Instanz die Bürger/-innen über wichtige Entscheidungen in der Bildung wie über einen neuen Lehrplan diskutieren und abstimmen können. Denn die Bildung ist unser

höchstes Gut, unser Rohstoff. Auch ist davon ein Grossteil der Bevölkerung betroffen, sei es nur von hohen Steuern. Denn die Ausgaben für die Bildung (Reformen) unter Erziehungsdirektor B. Pulver haben in zehn Jahren 28 % zugenommen und betragen für den obligatorischen Unterricht 1,5 Mia. CHF. Hier muss auch erwähnt werden, dass der von der Deutschschweizerischen Erziehungsdirektoren-Konferenz (DEDK) verabschiedete Lehrplan 21, welcher unter Geheimhaltung entstanden ist, weit über den erwarteten Rahmenlehrplan hinausgeht. Die zu erreichenden Ziele werden in 3- oder 4-Jahreszyklen und nicht wie dringend nötig in Jahreszielen festgelegt. Damit wird ein Schulkind bei einem Umzug innerhalb verschiedener Kantone, eines Kantons oder sogar innerhalb einer Gemeinde in grosse Schwierigkeiten geraten..

Der Zyklus 1 umfasst den zweijährigen Kindergarten und die ersten zwei Schuljahre. Dies obschon der Erziehungsdirektor immer wieder betont hat, dass der Kindergartenrahmenplan, der den speziellen Bedürfnissen der 4- bis 6-jährigen Kindern angepasst war, nicht aufgegeben werde. Nun wird aber die so wichtige musische Förderung unserer Kleinsten mit dem LP 21 auf der Strecke bleiben.

Unzählige diffus formulierte und von Bildungsfachleuten in Frage gestellte «Kompetenzen» stehen im Vordergrund und sollen grundlegende Kenntnisse und Fertigkeiten in den einzelnen Fächern ersetzen. Auch in der Sekundarstufe 1 werden Fächergruppen gebildet, was eine Harmonisierung des Lernstoffes verhindert und bedeutende Einzelfächer abwertet. So werden die Fächer Geschichte, Geografie, Physik nicht mehr erwähnt.

Im LP21 wird dem selbstverantwortlichen, selbstentdeckenden und selbstgesteuerten Lernen unter Einbezug von elektronischen Medien (wie im Frühfranzösischlehrmittel Mille feuilles) grosse Bedeutung beigemessen. Digitaler Unterricht soll schon auf der Unterstufe stattfinden. Dies obwohl bekannt ist, dass im Kindesalter die Förderung von Sinneswahrnehmungen an erster Stelle stehen muss, und das kindliche Gehirn und insbesondere die Augen in ihrer Entwicklung beeinträchtigt werden. ..Der LP 21 umfasst über 300 Seiten und hunderte von Kompetenzen. Die Lehrperson darf als Coach die individuellen Lernprozesse der Schüler/-innen nur noch begleiten, durch gezielte „Lernumgebungen“ fördern und nicht mehr wie bis anhin anleiten und erklären. Dabei ist erwiesen, dass der Lernerfolg in einem von der Lehrperson geführten und strukturierten Unterricht grösser ist, als in einem Unterricht mit selbstgesteuertem Lernen. Die Beziehung zwischen der Lehrperson und dem Kind, aber auch zwischen den Kindern im Klassenverband ist erwiesenermassen für einen erfolgreichen Lernprozess eminent wichtig, wie meine eigene Lehrerfahrung und die Studie von John Hattie zeigen.

Wird der LP 21 tatsächlich eingeführt, schlage ich als Sparvorschlag eine Schliessung der Pädagogischen Hochschule vor!

Dieses neue Schulsystem mit Kompetenzziele, aber ohne Jahres- und Stoffziele überfordert vor allem schwächere und unmotivierte Kinder, womit die Chancengleichheit in unserer Volksschule gefährdet ist. Privatschulen freuen sich über regen Zulauf.

Die vorliegende Volksinitiative stärkt sowohl die demokratische Mitsprache des Grossen Rates wie auch diejenige der Berner Bevölkerung und verhindert einen massiven Bildungsabbau zum Wohle unserer Kinder.

Sabina Geissbühler-Strupler, Primar-, Turn- /Sportlehrerin, Bildungspolitikerin, Grossrätin, Herrenschwanden.

Im Februar 2018